

In Basel wären die Chancen besser

bz 10.11.08

Freie Schulwahl Hochkarätig besetzte Podiumsdiskussion in der Basler Rudolf-Steiner-Schule

Die Baselbieter Initiative für die freie Schulwahl wäre eine Chance für die Agglomeration. Auch würde sie in der Stadt eher angenommen als auf dem Land. Dieses Fazit zog eine Podiumsdiskussion in Basel.

EUGEN SCHWARZ JUN.

Die Rudolf Steiner-Schule schaue immer in die Zukunft, sagte Michael H. Fröhlich, der auf Basler Boden ein Streitgespräch über die Baselbieter Schulwahl-Initiative veranstaltete. Eine gleiche Initiative hätte im Stadtkanton bessere Chancen an der Urne. «Für die Stadt wäre die freie Schulwahl ein Standortvorteil.» Immerhin habe sich bereits ein Initiativkomitee gebildet, das auch in Basel eine Abstim-

mung anstrebt. Im Gegensatz dazu zeigt sich der Basler Erziehungsdirektor Christoph Eymann überzeugt, auf dem

«Bei uns in Basel steht die Stärkung des Einzelnen im Vordergrund»

CHRISTOPH EYMANN

richtigen Weg zu sein. «Das Stichwort in Basel heisst Individualisierung. Bei uns steht die Stärkung des Einzelnen im Vordergrund.»

Eymann betonte, die Schulen seien kein Wundermittel gegen soziale und familiäre Problemgeschichten. «Die Schule ist zur Reparaturwerkstatt der Gesellschaft verkommen.» Die Argumente der Ini-

tativbefürworter bezeichnete Eymann als «marktschreierisch». Werde die Initiative im Landkanton angenommen, würde sich das Baselbiet ins Abseits stellen.

Christoph Eymann verteidigte seine Lehrer. Er liess keine Angriffe gegen sie zu. In Basel würden sich die Pädagogen engagieren. Die 30 Millionen Franken, die bei einer Annahme der Initiative voraussichtlich aufgeworfen werden müssten, würde Eymann lieber heute schon in das Bildungswesen investieren.

Beat Zemp, Präsident des Lehrerverbandes, stösst ins gleiche Horn. «Wenn das Geld vorhanden wäre, könnte die Initiative umgesetzt werden. Heute bräuchte es Steuererhöhungen, oder die Kuchenstücke werden für alle kleiner.» Eymann und Zemp ho-

ben hervor, dass das Bildungswesen keine starke Lobby habe. «Wir sind im Moment schlicht nicht in der Lage, alle Elternwünsche zu erfüllen. Es braucht eine Regulierung», sagte Eymann.

Die Befürworter der Initiative lassen die finanziellen und organisatorischen Gründe der Gegenseite für ein Nein

«Die Initiative könnte für Agglomerationen aber eine Alternative sein»

BEAT ZEMP

kalt. Pia Amacker, die treibende Kraft im Initiativkomitee, fordert eine Gleichbehandlung aller offenen Schulen und eine Abschaffung der

«Zwangseinweisungen». Sie sagt, die Initiative mache das Bildungswesen effizienter. «Wir können es uns nicht leisten, so weiterzumachen wie bisher. Die Durchmischung an den Schulen ist schlechter geworden und Bildungsziele werden nicht erreicht.»

Für Beat Zemp ist eine Effizienzsteigerung dagegen illusorisch. «Wir müssten definieren, was wir eigentlich überhaupt finanzieren wollen. Es bräuchte Kontrollgremien, die jeden Antrag prüfen müssten.» Er schlägt stattdessen vor, gemeinnützigen Schulen Steuerabzüge zu gewähren. «Mit zwei Sätzen im Initiativtext lassen sich die Probleme nicht lösen. Die Initiative könnte für Agglomerationen aber eine Alternative sein, wenn sie verfassungskonform wäre.»